

Der Kreisparteitag hat beschlossen:

Leitantrag

Allgemeine Lageeinschätzung

Wir leben in polarisierten Zeiten. Dies hat sich die letzten Jahre schon gezeigt, verdeutlicht sich aber auch im Ergebnis der Bundestagswahl. Die Rechtsverschiebung des politischen Diskurses hat alle Parteien, außer die Linke, voll erfasst. Dies hat dazu beigetragen, dass sich in den letzten Monaten vor allem Wähler*innen von SPD und Grünen der Linken zugewandt haben als einziger Partei, die in Fragen von sozialer Gerechtigkeit und humaner Migrationspolitik standhaft geblieben ist.

Trotz dieser erfreulichen Polarisierung nach links bleiben die rechten Kräfte dominierend. Die mit hoher Wahrscheinlichkeit anstehende GroKo unter einem Kanzler Merz untermauert dies nur zu gut. Es ist absehbar, wie schon ein Blick in das Sondierungspapier von Union und SPD zeigt, dass diese Regierung für die Mehrheit der Menschen im Land nichts Gutes bedeuten wird. Die derzeit voran getriebene Aufrüstung der Bundesrepublik wird die Verteilungskämpfe weiter anheizen. Vorschläge, wie etwa die Abschaffung eines Feiertages zur Entlastung des Staatshaushaltes oder den ersten Krankheitstag von Arbeitnehmer*innen nicht mehr zu bezahlen, sind die Vorboten dessen, was uns in den nächsten Jahren bevorstehen kann.

Brennende soziale Fragen – wie etwa die horrenden Mieten oder die prekäre Situation in Krankenhäusern und Kliniken – drohen auf der Strecke zu bleiben. Vor diesem Hintergrund ergibt sich für uns als Linke die Aufgabe, sich diesem Programm der Aufrüstung zu widersetzen, entsprechende Proteste zu unterstützen und für ein Programm der Abrüstung und Entspannung zu werben. Wir stehen weiterhin standhaft für die Verteidigung von Grundrechten, setzen uns ein für bezahlbaren Wohnraum und machen unsere Hilfe auch konkret spürbar.

Der Heizkostencheck sowie die Mietwucher-App der Bundestagsfraktion haben gezeigt, wie wir im ganzen Land gemeinsam konkrete Hilfe leisten können. Als Kreisvorstand setzen wir uns mit Unterstützung des Landesvorstands dafür ein, dass Mainz möglich schnell in die Mietwucher-App aufgenommen wird.

Ausblick für den Kreisverband

Im Zuge der Bundestagswahl sind wir enorm gewachsen. Hatten wir Mitte September 2024 noch um die 300 Mitglieder, zählen wir nun über 730. Eine erfreuliche Entwicklung, die uns aber als Kreisverband vor neue Herausforderungen stellt.

Neue und übersichtliche Strukturen für die viele neuen Genoss*innen sind notwendig, um einen leichten Einstieg in die Parteiarbeit zu gewährleisten und die Aktivität aus dem Bundestagswahlkampf beizubehalten. Dabei ermutigen wir gerade auch neue Mitglieder, Verantwortung zu übernehmen. Dazu bieten wir die Möglichkeit an sich mit erfahrenen Mitgliedern auszutauschen und in den Kreisvorstandssitzungen sowie im Aktiventreffen können alle Mitglieder, die etwas auf die Beine stellen wollen, ihre Ideen einbringen.

Daneben setzen wir auf die Etablierung von regelmäßigen Bildungs- und Diskussionsveranstaltungen, um den parteiinternen Austausch zu fördern. In diesen soll sich mit dem Programm der Partei, der Geschichte der Arbeiter*innenbewegung, Marxismus und weiteren von Mitgliedern gewünschte Themen befassen werden. Hier greifen wir neben eigenen Veranstaltungen, auch auf Bildungsveranstaltungen der Landes- und Bundesebene zurück. Außerdem werden wir Fortbildungen und Seminare der Rosa-Luxemburg-Stiftung bewerben. Allen Genoss*innen, die Verantwortung übernehmen wollen, legen wir das Aufbauheld*innen-Programm ans Herzen.

Dort wo möglich, fördern wir die Entstehung neuer Ortsverbände, insbesondere im Landkreis. Zusätzlich zur parteiinternen Schulung sollen regelmäßig (möglichst alle 2 Monate) öffentliche Veranstaltungen zu aktuellen und gesellschaftlich diskutierten Themen organisiert werden, um die Position der Partei dazu darzulegen und diese Fragen zu diskutieren.

Inhaltlich hat sich die Fokussierung auf wenige Themen im Bundestagswahlkampf bewährt. Wir werden daran anknüpfen und weiterhin das Thema Wohnen als einen Schwerpunkt in den Vordergrund stellen. Die Ablehnung des Mainzer Haushalts durch die ADD und die Koalitionsverhandlungen von Union und SPD werden aber auch Widerstand gegen Kürzungen, Sparmaßnahmen und Sozialabbau notwendig machen. Dieses Thema wollen wir uns annehmen und Protest dagegen organisieren und unterstützen.

Außerdem stellen wir den Ausbau von Sozialsprechstunden in den Fokus. Wir bilden so viele Genoss*innen wie möglich aus, um Sozialsprechstunden zu geben, damit wir diese auch perspektivisch flächendeckend und regelmäßig anbieten können. Dieses konkrete Angebot hilft Personen, die einen Anlaufpunkt brauchen für konkrete Hilfe bei Alltagssorgen ob mit Vermieter*innen oder dem Jobcenter. Außerdem hilft es uns und unseren Mandatsträger*innen, die aktuellen Heraus-

forderungen stets im Blick zu behalten, die wir auf einer gesellschaftlichen Ebene angehen wollen. Außerdem schafft es Vertrauen, wenn Linke Orte schaffen, wo Solidarität und gegenseitige Hilfe gelebt wird. Langfristiges Ziel ist es, unsere Strukturen in den Stadtteilen und Verbandsgemeinden zu stärken und uns nachhaltig in der Gesellschaft zu verankern.

Landtagswahl 2026

Die Landtagswahl im März 2026 rückt ebenfalls näher. Wir wollen uns schon jetzt auf diese vorbereiten. Dazu können wir auf die Kampagne des Landesverbandes zurückgreifen. Wir wollen in allen 6 Wahlkreisen mit Direktkandidat*innen antreten.

Über 6 % der Menschen in Rheinland-Pfalz haben der Linken bei der Bundestagswahl 2025 ihre Stimme gegeben. Darauf wollen wir auch in Richtung Landtagswahl aufbauen. Die Linke war noch nie im rheinland-pfälzischen Landtag vertreten. Wir sehen die historische Chance mit dem Rückenwind der Bundestagswahl und einer geeinten und aktiven Kampagne auf Landesebene den Einzug zu schaffen.

Dafür bilden wir Genoss*innen aus in aktivierender Gesprächsführung, Organizing-Methoden und arbeiten eng mit den Aktiven im Landesverband zusammen. Unser Anspruch ist, Politik zu machen, die für die Mehrheit der Menschen in unserem Bundesland und vor allem in Mainz /Mainz-Bingen das Leben verbessert und an ihren drängendsten Problemen ansetzt. Daher starten wir in einen Vorwahlkampf mit einer großen Befragung.

Wir werden innerhalb von 2 Monaten an 2500 Haustüren klingeln und die Menschen befragen, was sie als erstes ändern wollen. Dazu wird es Schulungen und Gesprächsleitfäden geben und im Anschluss eine Auswertung der Gespräche. So stellen wir sicher, dass wir nah bei den Menschen sind und unsere Forderungen eine hohe Alltagsrelevanz haben. Dazu brauchen wir jede*n einzelne*n von euch!

Wir wollen aber explizit eine kämpferische und aktive Partei und kein Wahlverein sein. Entscheidend für einen Einzug in den Landtag ist unsere politische Aktivität zwischen den Wahlen durch Kampagnen, Aktionen und Proteste. Der Einzug in den Landtag ist dabei nicht das Ziel, sondern ein Mittel zur sozialistischen Veränderung der Gesellschaft.